

Gewerkschaftliche Informationen

Populärwissenschaftliche Schriftenreihe
Zeitgenössische Standpunkte - Historische Dokumente

Interessengemeinschaft FDGB

15. Juni 1945



Prof. Dr. Alfred Förster

Zur Geschichte der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung in Bernau b. Berlin 1928-1990

Berlin, 2005
ISSN 1433-6375

Prof. em. Dr. sc. Alfred Förster

**Zur Geschichte
der gewerkschaftlichen
Bildungseinrichtung in
Bernau b. Berlin 1928-1990**

Vorwort:

Der folgende Abriß zur Geschichte der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung in Bernau basiert auf Materialien und Beiträgen von Mitgliedern des Vereins „baudenkmal bundesschule bernau e.V.“, der am 04. Mai 1990 gegründet wurde und mehr als 60 Mitglieder zählt. In den Räumen der ehemaligen Wohnung von Hermann Duncker, Rektor der Gewerkschaftshochschule mit Unterbrechung von 1949 bis 1960, befindet sich das Informations- und Kommunikationszentrum des Vereins. Hier gibt es die Ausstellungen zu den Architekten der Bundesschule Hannes Meyer und Hans Wittwer, zur Baugeschichte und zur Nutzungsgeschichte.

Die Herausgeber dieser Schriftenreihe „Gewerkschaftliche Informationen“ und viele Teilnehmer der „Interessengemeinschaft FDGB - 15. Juni 1945“ hatten in vielfältiger Weise Kontakt zur Gewerkschaftshochschule in Bernau, einige waren bereits Schüler der Bundesschule nach 1947. Die Geschichte dieser gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung beginnt bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Im folgenden werden in einem kurzen Überblick einige Höhepunkte, und Einschnitte ihrer Geschichte behandelt. Für die Darstellung der Geschichte nach 1945 sind weitere Recherchen nötig, um die unterschiedlichsten Perioden in der Entwicklung der Gewerkschaftshochschule und die Freiräume und auch Verengungen für eine eigenständige gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu verdeutlichen.

Alfred Förster

Die erste Bundesschule entsteht - „eine Spitzenleistung moderner deutscher Baukunst“

Mitte der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts reifte im ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, gegründet 1919) die Idee, eine Gewerkschaftliche Bundesschule einzurichten und zu erbauen. Im Vergleich zur Kriegs- und zur unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sich das materielle Lebensniveau der Werktätigen im Ergebnis der Kämpfe der Arbeiter verbessert. Die Werktätigen erkämpften vor allem tariflich vereinbarte Lohnerhöhungen und den Ausbau der Sozialgesetzgebung. 1927 wurde das „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ im Reichstag angenommen. Damit wuchs der Einfluß der Gewerkschaften und neue Anforderung an sie kamen hinzu. Die sozial- und kulturpolitischen Aktivitäten des ADGB wurden verstärkt. Der ADGB rief die Deutsche Wohnungsfürsorge-Gesellschaft für Arbeiter, Angestellte und Beamte ins Leben, gründete die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die 1929 über Einlagen in Höhe von 125 Millionen Mark verfügte. Zu den von den Gewerkschaften getragenen Einrichtungen zählten u.a. auch die Büchergilde Gutenberg und eine Reihe sogenannter „gemeinwirtschaftliche“ Unternehmen und Genossenschaften.

1927 besaßen die im ADGB vereinten Verbände 130 Gewerkschaftshäuser, die als Versammlungs-, Kultur- und Bildungseinrichtungen genutzt wurden. Sozialpolitische Erfolge der Gewerkschaften führten zu einem Anwachsen der Mitgliedszahl des ADGB 1928 auf fast fünf Millionen. Die ADGB-Führung orientierte auf eine gewerkschaftliche stärkere Einflussnahme auf die Wirtschaft, auf Mitbestimmung und Demokratisierung, um so zur Umwandlung des Wirtschaftssystems beitragen zu können und dem Zukunftsziel Sozialismus näher zu kommen. Das alles stellte höhere Anforderungen an die gewerkschaftlichen Führungskräfte und Mitglieder. Fragen der gewerkschaftlichen Schulung rückten in den Mittelpunkt.

Auf der Bundessausschusssitzung des ADGB im Mai 1927 unterbreitete das für die Bildung zuständige Vorstandsmitglied Alexander Knoll den Vorschlag zur Schaffung eines zentralen Schulprojektes. Die Diskussion und Stimmung dazu fasste der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart wie folgt zusammen: „Der Bundesausschuß stimmt also zu, dass

eine Bundesschule errichtet wird, nicht eine Schule der sich daran beteiligenden Verbände. Die Errichtung ist erleichtert dadurch, dass einzelne Verbände auf ihre eigenen Pläne verzichten und bereit sind, die Sache sofort ins Leben zu rufen“.

Diesem Beschluß zur Errichtung der Bundesschule folgten die unmittelbaren Vorbereitungsarbeiten. Ein Standort in der Umgebung von Berlin, dem Sitz des Vorstandes des ADGB, musste gefunden und die Anforderung, die beim Bau einer modernen gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Berücksichtigung finden sollte, skizziert werden. Als mögliche Standorte für den Bau der Schule kamen Eberswalde, Brandenburg, Bernau, Brieselang, Falkensee, Fürstenwalde, Müncheberg und Wandlitz ins Gespräch.

Die Wahl fiel auf Bernau, deren Stadtverwaltung die günstigste Offerte unterbreitete. Bernau hatte einen S-Bahn-Anschluß nach Berlin. Die Stadtverwaltung stellte 14 bis 16 Morgen Land im Bernauer Forst in Erbpacht zu unentgeltlicher Nutzung zur Verfügung und das Heranführen von Wasser, Strom und Gas auf Kosten der Stadt an die Baustelle. Der ADGB-Vorstand entschied sich für dieses Angebot und im Februar 1928 wurde zwischen den Partnern der Vertrag unterzeichnet. Während der Verhandlungen über einen Standort der künftigen Bundesschule war bereits begonnen worden, die Anforderungen für den Bau des Schulkomplexes zu formulieren, die in einem Wettbewerbsprogramm des ADGB ihren Niederschlag fanden. Die freien Gewerkschaften waren bereit, mit den ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen bestrittenen Baukosten (die ursprünglich auf 500.000 bis 800.000 Mark veranschlagt waren, dann aber fast über 2 Millionen Mark anstiegen) eine moderne Bildungsstätte entstehen zu lassen, deren Gestaltung und Einrichtung sich in erster Linie an den Erfordernissen gewerkschaftlicher Schulung und den Bedürfnissen der Kursusteilnehmer zu orientieren hatten.

Deshalb wurden den am Wettbewerb für den Schulbau teilnehmenden Architekten aufgegeben, die Anordnung der Gebäude und Räume so zu treffen, dass eine „mustergültige und reibungslose Durchführung des Schul- und Wirtschaftsbetriebes“ gewährleistet war. Jeder Raum der Schule sollte „durch seine Ausgestaltung die pädagogische Wirksamkeit erhöhen“ und der Aufenthalt in der Schule Anstöße für praktische Freizeitgestaltung vermitteln. „Neben der Weckung des Bildungs-

dranges soll die Schule“, so hieß es im Wettbewerbsprogramm, „das Persönlichkeits- und Gemeinschaftsgefühl stärken und durch ihre Raumkultur auf Lebensgestaltung und Lebensführung beeinflussend und erzieherisch wirken“. Mit ihrem Schulprojekt wollten die Gewerkschaften das demokratische Potential der Weimarer Republik beleben und stärken. Diesen hohen Anforderungen entsprach in geradezu idealer Weise das vom Direktor des Bauhauses Dessau, dem Schweizer Architekten Hannes Meyer, gemeinsam mit seinem Landsmann und Partner Hans Wittwer unterbreitete Wettbewerbsangebot.

Ein Preisgericht, dem Architekten, Kunsthistoriker, Stadtbaumeister und Vorstandsmitglieder des ADGB angehörten, entschied sich für den Entwurf von Meyer/Wittwer, denen auch die Bauausführung übertragen wurde. Alle Dokumente zu diesem Vorgang findet der Leser in den Ausstellungen des Vereins „Baudenkmal Bundesschule Bernau e.V.“.

Am Wettbewerb hatten sich auch die Architekten Max Berg, Willy Ludewig, Erich Mendelsohn und Max Taut aus Berlin sowie Aloys Klement aus Hamburg beteiligt, gleichfalls Vertreter des Neuen Bauens, die aber dem Angebot von Meyer unterlagen. Meyers Entwurf wird in der Gewerkschaftspresse als „Spitzenleistung moderner deutscher Baukunst“ hervorgehoben.

Bereits am 29. Juli 1928 erfolgte die Grundsteinlegung zur Bundesschule im Bernauer Forst, die sich mit etwa 4.000 Teilnehmern, Delegationen von 33 Ortsausschüssen, vielen Vertretern staatlicher Organe und Bürgern Bernaus zu einem Volksfest und zu einer Demonstration gewerkschaftlichen Selbstbewusstseins gestaltete.

Theodor Leipart würdigte in seiner Festrede die Bildungsanstrengungen der Gewerkschaften und schilderte das Anliegen der zu errichtenden Schule. „Diesem unserem Wollen“, sagte er, „gibt der Entwurf des Herrn Hannes Meyer, dem wir als künstlerischen und technischen Leiter unser Vertrauen geschenkt haben, eindeutige und wirksamste Prägung“.

Sich direkt an Hannes Meyer wendend, erklärte der ADGB-Vorsitzende: „Ihnen, Herr Baumeister rufe ich zu: Führen Sie das Werk so seiner Vollendung zu, dass es seinen Meister lobt, dass alle, die es je betreten, es nie aus der Erinnerung verlieren und dass die deutsche

Gewerkschaftsbewegung mit freudigem Stolz auf dieses Haus blicken kann“.

Das Werk war knapp zwei Jahre später vollendet und am 04. Mai 1930 wurde die Bundesschule des ADGB eröffnet. Die Gewerkschafts- und Fachpresse berichtete ausführlich in Wort und Bild über dieses bedeutende Ereignis im Leben der Gewerkschaften und hob die Leistungen des Baumeisters und den Wert der Bildungsstätte hervor. Sie bescheinigte den Erbauern, so ziemlich das Modernste angewandt und verwirklicht zu haben, was die neue Baukunst kennt und verwies auf das Zweckhafte des Baus. Gewürdigt wurde, was Hannes Meyer am Ende des Rundgangs durch den Gebäudekomplex zur Eröffnung der Bundesschule sagte: „Die Bundesschule des ADGB ist kein architektonisches Kunstwerk. Jedes Kunstwerk ist ein Werk der Komposition. Diese Bundesschule ist ein Werk der Organisation. Diese Bundesschule ist der Versuch, die Lebensvorgänge einer Schule baulich lebensrichtig zu organisieren. Sehen Sie dieses Bauwerk, wie jedes Objekt in der Natur, unbefangen und ohne stilistische oder schönheitliche Forderungen zu erheben. Dieser Schulbau ist ein Bau des Lebens und nicht der Kunst“.

Die Bundesschule des ADGB 1930 - 1933

„Möge von dieser Bundesschule und ihrem Wirken der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der deutschen Arbeiterschaft reicher Segen werden“ (Urkunde der Grundsteinlegung)

Am 4. Mai 1930 wurde die Bundesschule des ADGB feierlich eröffnet. An der Festveranstaltung nahmen Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und zahlreiche Ehrengäste teil. Den Festvortrag hielt der stellvertretende ADGB-Vorsitzende Peter Grassman. Theodor Leipart, der einen großen Anteil am Bau dieser Schule hatte, war erkrankt und konnte die Einweihungsfeier nicht miterleben. Grußworte hielten Ministerialdirektor Sitzler von der Reichsregierung und Staatssekretär Staudinger von der Preußischen Regierung, Landrat Franz Schlemminger, Herr Hillig für die Stadt Bernau, Hannes Meyer, Johannes Sassenbach für den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), Otto Wels für die SPD und Wilhelm Stähr vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund). Anwesend waren auch die ersten Kurssteilnehmer, Kollegen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öf-

fentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs sowie des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Peter Graßmann betonte in seiner Begrüßungsrede, dass die Kurse in der Bundesschule Kurse des ADGB sind und fügte hinzu: aber sie sind veranstaltet und getragen von den einzelnen Organisationen“. Allen künftigen Kurssteilnehmern gab er den Wunsch mit auf den Weg, dass sie „in diesem Haus eindringen mögen, in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und den Wesenskern ihrer Organisation und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts,in die tief empfundenen, täglich stärker und inniger werdenden Bindungen von Landeszentrale zu Landeszentrale im internationalen Gewerkschaftsbund“.

Johannes Sassenbach, zu Beginn des Jahrhunderts Initiator und Mentor der ersten Gewerkschaftsschule im Berliner Gewerkschaftshaus am Engel-Ufer, erinnerte daran, dass die Einrichtung jener Bildungsstätte - eines würdigen Vorläufers der Bernauer Schule - fast auf den Tag vor 25 Jahren vom Kölner Gewerkschaftskongress beschlossen worden war. Landrat Franz Schlemminger, einst selbst Teilnehmer an diesen gewerkschaftlichen Elementarkursen, überbrachte die Grüße und Glückwünsche „großer Teile der Einwohner des Kreises Niederbarnim dafür, dass es gelungen ist, die Bildungsstätte nach Bernau zu verpflanzen. Die organisierte Einwohnerschaft des Kreises weiß, welche Bedeutung diesem Bildungsinstitut zukommt“. Unmittelbar nach dieser Eröffnungsveranstaltung begann der Unterricht mit den ersten 120 Kurssteilnehmern. Kurse der Bundesschule veranstalteten alle Verbände, die dem ADGB angehörten und die am Bau beteiligt waren. Ihre Verbandsschulen, soweit vorhanden, betrachteten ihre Vorstände als „Vorschulen“, als eine Vorbereitung für die Studiumaufnahme an der Bundesschule des ADGB, was viele Gewerkschafter als große Ehre empfanden und was auf ihre Lernleistung wirkte.

Das Zusammenwirken von Verbandsvorständen, ADGB und Schule war eine wesentliche Grundlage der erfolgreichen Arbeit. Die Verbandsvorstände erkannten und nutzten die Vorteile, die ihnen die Bundesschule bot und die weit „über das rein Schulische hinaus(gingen)“. Seitens des ADGB waren vier Kollegen zur ständigen Tätigkeit als Lehrer nach Bernau verpflichtet worden: Dr. Hermann Seelbach als Schulleiter, der 1933 zu den Nazis und nach 1945 zu den Unternehmern

überlief. Richard Timm, ein Berliner Jugendfunktionär, der am antifaschistischen Widerstand im Kreis um Wilhelm Leuschner, der nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, teilnahm. Dr. Franz Große als Lehrer für den wirtschaftspolitischen Unterricht, der sich in die faschistische Bewegung eingliedern ließ und dort eine Anstellung bekam, und Dr. Curt Gusko als Dozent für Arbeitsrecht. Neben ihnen wirkte eine Vielzahl von Gewerkschaftsfunktionären, Wissenschaftlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Gastlektoren. Das Unterrichtsprogramm für die Kurse der Verbände wurde in Abstimmung mit den Lehrkräften der Schule und der Bildungsabteilung beim ADGB-Vorstand von den jeweiligen Verbandsvorständen konzipiert und zum Teil auch selbst bestritten.

Im Mittelpunkt der Ausbildung standen volks- und betriebswirtschaftliche Fragen, Probleme der Sozialpolitik, vor allem des Tarif- und Schlichtungswesens, aber ebenso der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes; Fragen des Arbeitsrechts und immer auch eine mehrstündige Einführung in die Geschichte des Verbandes, dargeboten vom jeweiligen Verbandsvorsitzenden. Der Unterricht war also, wie un-
schwer zu erkennen ist, vor allem auf die unmittelbaren Bedürfnisse täglicher Gewerkschaftsarbeit ausgerichtet.

An der Bundesschule in Bernau gab es Einführungskurse von zwei und vier Wochen Dauer, Fortgeschrittenenkurse und Fachkurse. Daneben wurden Sonderkurse veranstaltet: vor allem für Jugendleiter und Jugendsekretäre, aber auch für Frauen (z.B. Textilarbeiterinnen und Hausangestellte) sowie ein Seminar für „erfolgreicher Werber“ – das waren Kollegen, die mindestens 20 neue Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen hatten. Ebenfalls zu den Sonderkursen zählte der erste internationale Lehrgang im Rahmen des IGB mit 37 Teilnehmern aus 11 Ländern, der vom 24. - 31. August 1930 stattfand.

Der Unterricht in allen Lehrgangsformen wurde durch Freizeitangebote, Sport und Spiele, Musik- und Literaturabende, Filmvorführungen und Exkursionen ergänzt. Dazu boten der Sportplatz, die Turnhalle, das Schwimmbad, die Aula und Bibliothek neben anderen Vorzügen der Schule - den Unterrichtsräumen und Versorgungseinrichtungen - die besten vielfältigsten Möglichkeiten.

Seit Eröffnung der Bundesschule 1930 bis zur gewaltsamen Schließung 1933 nahmen etwa 5.000 Gewerkschafter an Lehrgängen teil. Viele von ihnen berichteten in den gewerkschaftlichen Organen, in

Briefen und anderen Zeitdokumenten begeistert von ihrer Schulzeit in der Bundesschule in Bernau.

Fast täglich besuchten Interessenten aus dem In- und Ausland die Bundesschule des ADGB, die zu den modernsten Bildungseinrichtungen jener Zeit gehörte. Sie war aber schon damals den konservativen Kräften – besonders jenen „den Herr – im – Hause – Standpunkt“ vertretenden Kreisen des Großkapitals – ein Dorn im Auge. Sie trachteten danach, diese die demokratischen Potenzen der Weimarer Republik stärkende Bildungseinrichtung der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Die Möglichkeit dazu bot sich Anfang 1933 mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland mit dem Reichskanzler Adolf Hitler an der Spitze.

Ein dunkles Kapitel - Umwandlung der Bundesschule des ADGB in eine faschistische Führerschule

Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland am 30. Januar 1933 wurde die systematische Vernichtung aller Organisationen der Arbeiterbewegung und deren Einrichtungen eingeleitet. Dazu gehörte auch die größte Organisation der Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaft. Damit begann ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Gewerkschaftsschule in Bernau.

Die ADGB-Führung hoffte, den Gewerkschaften durch Anpassung an die neuen Machtverhältnisse eine Überlebenschance zu sichern und führte die Kurse an der Bundesschule zunächst ohne Unterbrechung weiter. Aber bereits im März 1933 wurden zahlreiche Gewerkschaftshäuser zeitweise besetzt und die terroristische, mörderische Verfolgung von Gewerkschaftsfunktionären eröffnet.

Am 06. März kam es zu einer ersten Aktion gegen die Bundesschule. Etwa 300 SA-Leute umstellten die Schule und Polizei suchte darin nach Waffen. Die Aktion musste ergebnislos abgebrochen werden. Zwei Tage später, früh gegen 03.00 Uhr, besetzen 40 SA-Leute die Bundesschule. Die 120 Schüler, es waren Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Saargebiet, aus Süddeutschland, dem Rheinland und aus Westfalen,

wurden aus den Betten geholt und nach Berlin abtransportiert. Zurück blieben die Lehrer und das Verwaltungs- und Versorgungspersonal. Sofort aufgenommene Verhandlungen des Bundesvorstandes des ADGB mit dem Vizekanzler v. Papen und Reichsminister Hermann Göring, Reichskommissar in Preußen, verliefen erfolgreich und die Schule wurde noch am Nachmittag des 08. März freigegeben. Die Schüler kehrten zurück und der Unterricht konnte fortgesetzt werden. Es ergab sich eine kurze Atempause, die der Schulleiter Hemann Seelbach nutzte, um die Lehrgangsteilnehmer mit den Ideen des Nationalsozialismus vertraut zu machen. Er selbst hatte Verhandlungen u. a. mit Vertretern des Innenministeriums, die an die besetzte Schule entsandt worden waren, und mit dem Leiter der Ortsgruppe Bernau der NSDAP, Artur Daluege, über die Freigabe der Schule geführt und dabei seine Mitgliedschaft der NSDAP aufgenommen. Er begann in Abendversammlungen aus Hitlers Buch „Mein Kampf“ zu lesen und bemerkte dabei: „Unsere gewerkschaftliche Praxis war anders als unsere marxistische Theorien, und zwar besser. Wir hatten nur nicht den Mut, diese eigene Grundeinstellung restlos zu bejahen. Wir machten uns immer wieder von dem falschen Heiligen der Arbeiterbewegung, von Karl Marx, abhängig... Seine Theorien waren wohl für die jüdische Intelligenz fassbar, nicht aber für den Arbeiter... Eine erfolgreiche Vertretung der sozialen und sozialistischen Ziele der Arbeiterschaft wird nur im Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung möglich sein.“ (Tagebuch von Hermann Seelbach, Eintrag vom 24. April 1933).

Diese Haltung und seine Bemerkung, dass die Vertretung der sozialen Belange der Arbeiterschaft nur im Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung möglich sei, führte zu Auseinandersetzungen mit Kursusteilnehmern, die die kämpferischen Positionen der Gewerkschaften verteidigten. Proteste löste auch sein Aufruf zur Teilnahme der Bundesschule an der von den faschistischen Organisationen vorbereiteten Maifeiern in Bernau aus.

Am 30. April sind neue Kursusteilnehmer, Gewerkschafter aus den Bergbaurevieren und gewerkschaftliche Jugendleiter, in der Aula versammelt. Seelbach appelliert an ihre Disziplin und erwartete die einmütige Teilnahme an der Maidemonstration in Bernau. Gemeinsam mit Bürgern Bernaus und freudig begrüßt von NSDAP-Führern demonstrierten Schüler und Angestellte der Bundesschule durch Bernau. Am Abend des 1. Mai nahmen noch die Lehrer der Bundesschule an der

Maifeier der NSDAP in Bernau teil. Am 02. Mai 1933, bereits in der ersten Unterrichtsstunde, in der Seelbach über das Verhältnis von Gewerkschaften und Nationalismus sprach, kam die Mitteilung, dass der Unterricht einzustellen ist.

50 Mann des SA-Sturmabannes IV/208 aus der Berliner Chausseestr. 14 besetzten die Schule. Die 80 Schüler wurden bis 15 Uhr des Geländes verwiesen. Sturmführer Lehmann sah großzügig von einer „Schutzhaft“ der Lehrer ab. Er ermittelte den Kassenbestand und das Bankguthaben und fertigte ein Übergabeprotokoll für den Kommissar der Nationalsozialistischen Betriebszellen Organisation (NSBO) Dr. Schreiter, den künftigen Schulleiter, aus.

Die Besetzung der Bundesschule durch SA-Trupps war eingeordnet in die von der Nazi-Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Vernichtung der Gewerkschaften. Schlagartig überfielen am 02. Mai 1933 Angehörige der faschistischen Terrororganisationen, der SA und der SS, in allen Teilen Deutschlands die Gewerkschaftshäuser und -einrichtungen. Sie raubten das gewerkschaftliche Eigentum, verhafteten und verschleppten zahlreiche Funktionäre der Gewerkschaften. Auch wenn unmittelbar mit der Besetzung und Schließung der Bundesschule hier keine Verhaftungen erfolgten, so belegen die im Reichssicherheitshauptamt der SS angefertigten Listen über alle Teilnehmer der Lehrgänge von 1930 - 1933, dass mit Überwachung und Verfolgung ihrer weiteren Tätigkeit gerechnet werden musste.

Die Aktion am 02. Mai 1933 besiegelte das Ende der Bundesschule des ADGB. Dr. K. O. Schreiter, Funktionär der Hamburger Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) und R. Maierhofer, Gauleiter der NSDAP in Niederbayern, übernahmen die Schule als Leiter und richteten hier die „Reichsführerschule der NSDAP und der Deutschen Arbeiterfront“ (DAF) ein, die am 16. Juni 1933 durch Adolf Hitler persönlich eingeweiht wurde. In der als „Hochschule des Nationalsozialismus“ deklarierten Reichsführerschule erfolgte die Schulung der Spitzenfunktionäre der NSDAP, der DAF und der NSBO. Die besten Absolventen der Gau- und Landesführerschulen der NSDAP sollten hier zu „charakterfesten Führerpersönlichkeiten“ erzogen werden.

Der erste Lehrgang war ausschließlich den Amtswaltern der NSDAP und der DAF sowie Landtags- und Kreistagsabgeordneten vorbehalten. Der Unterricht lief in „soldatischer Form“ ab.

Unterrichtsgebiete waren: Deutsche Geschichte, Entstehung und Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, Weltanschauung des Liberalismus und Marxismus, Rassenfragen, Vererbungslehre, Deutsches Recht, der Faschismus, Sport u.a. Neben fest angestellten Lehrkräften referierten führende Vertreter des NS-Regimes wie Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Robert Ley u.a. Für das erste Schuljahr (Juni 1933 - Juni 1934) waren neun Kurse (3 - 4 Wochen) mit 650 Teilnehmern belegt. Neben dem regulären Unterricht fanden in der Freizeit wehrsportliche Übungen, Kameradschaftsabende und Exkursionen statt. Es wurden ein Schießstand und wehrsportliche Anlagen gebaut. Das Schwimmbad erhielt einen Betonboden.

Am 06. Juni 1936 wurde die Reichsführerschule der NSDAP von der Reichsführung SS (Reichssicherheitshauptamt) übernommen. Sie trägt fortan die Bezeichnung „SD-Schule Bernau bei Berlin“. Durch Fechtkurse, die hier auf Anregung von SD-Chef Reinhard Heydrich durchgeführt wurden, war auch der Name „Fechtschule der SS“ geläufig. Vorrangig diente sie jedoch der Ausbildung von SS-, SD- und Gestapoangehörigen. Ihr Leiter war SS-Sturmbannführer Karl Hoffmann. Die noch bis Anfang 1939 bestehenden Pläne, den von den Nazis geschmähten „bolschewistischen Bauhausstil“ durch Aus- und Umbauten zu verändern, wurden aufgrund der Kriegsvorbereitungen nicht mehr ausgeführt.

Seit dem Frühjahr 1939 wurden in aller Stille Maßnahmen zur unmittelbaren Vorbereitung auf einen Krieg durchgeführt, der am 01. September mit dem Überfall auf Polen begann. Nach einem exakt festgelegten Plan erfolgte hier in Bernau die Vorbereitung von Führungskräften der SS und des SD, die nach der Eroberung Polens und anderer Länder die Verwaltung der von der faschistischen Wehrmacht besetzten Gebiete übernehmen sollten. Für diesen Einsatz gab es spezielle Ausbildungspläne. So enthielt zum Beispiel der Lehrplan für den Juni - also zehn Wochen vor dem faschistischen Überfall auf Polen - unter anderem folgende Themen:

- Das Judentum als allgemeiner politischer Gegner und seine Bedeutung in Polen,
- Der Bolschewismus, seine Bedeutung allgemein und seine Stellung in Polen,
- Polen und Deutschland, deutsche Volksgruppen in Polen,
- Die Wirtschaft Polens in der deutschen Wirtschaftsplanung,

- Das kulturelle Leben in Polen,
- Die polnische Presse und Propaganda,
- Der polnische Nachrichtendienst.

Mit diesen und anderen Schulungen wurden die SS-Leute auf ihre Besatzertätigkeit vorbereitet. Aber nicht nur das. Auf dem Gelände der Schule wurden auch jene Provokationen vorbereitet, die von den Faschisten zum Vorwand genommen wurden für ihren völkerrechtswidrigen Überfall auf Polen. Im August 1939 fand unter strengster Geheimhaltung die Einweisung jener SS-Angehörigen statt, die am 31. August unter der Tarnbezeichnung „Unternehmen Tannenberg“ in polnischen Uniformen deutsche Grenz- und Zollstationen und andere deutsche Einrichtungen überfielen, um so einen Vorwand für die Auslösung des Krieges gegen Polen zu liefern.

Im Oktober 1941 und im Februar 1943 fanden in den Räumen der Bernauer SD-Schule mehrtägige Tagungen des Reichssicherheitshauptamtes statt, an denen die SS-Beauftragten aller von der faschistischen Wehrmacht besetzten Gebiete - Abteilungsleiter, Außenstellenleiter, Sachbearbeiter - teilnahmen. Gegenstand der Beratungen waren die Organisation und Entwicklung der Volkstumarbeit und der faschistischen Siedlungspolitik. Es wurde über Fragen der Rassenpolitik beraten, über die Lösung der Juden- und Zigeunerfrage, und es wurden Maßnahmen zur Deportation und Liquidation von Teilen der Bevölkerung in Mittel- und Südosteuropa festgelegt.

Versuche von Großunternehmen, die Einrichtung ab 1940 zur Unterbringung von ausländischen Zwangsarbeitern zu nutzen, wurden von der SS abgelehnt. Die Schule erhielt als Ausbildungsobjekt der SS Anfang des Krieges einen Tarnstrich.

So haben die Faschisten die von den Gewerkschaften in Bernau geschaffene Schulungseinrichtung auf das schändlichste missbraucht. Wo bis 1933 Gewerkschafter im Geiste des proletarischen Internationalismus geschult worden sind, wurden bis zum Sieg über den Faschismus jene „Herrenmenschen“ gedrillt, die das faschistische Herrschaftssystem für seine verbrecherischen Pläne brauchte.

Diesem dunklen Kapitel der Bundesschule steht die Tatsache gegenüber, daß nicht wenige Lektoren und Schüler aktiv am antifaschistischen

Widerstandskampfteilnahmen. Einige von ihnen bezahlten ihr mutiges Einstehen für Freiheit, Humanismus und Demokratie mit dem Leben, so Fritz Husemann, Hermann Maaß und Franz Vogt. Andere wurden ins Exil getrieben wie Hans Jahn, Martin Plettl, Anton Reißner und Fritz Tarnow. Eine noch größere Zahl ehemaliger Gastlektoren erduldet Folter und Haft, zum Teil mehrmals, setzte aber immer wieder entschlossen den Kampf fort. Dazu gehörten u.a. Richard Barth, Walter Maschke, Josef Simon, Franz Scheffel, Hermann Schlimme, Cäsar Thierfelder, Jacob Triem und Fritz Victor.

Die Bundesschule des FDGB im Prozeß demokratischer Umgestaltungen 1947 - 1949

Nach der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur erfolgte in der sowjetischen Besatzungszone schrittweise die Rückgabe ehemals gewerkschaftlichen Eigentums an den im Juni 1945 gegründeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) durch die sowjetische Militäradministration (SMA). Als der FDGB über den Aufbau der Bildungs- und Schulungsarbeit nachdachte und dazu Beschlüsse fasste, wurde der ehemaligen Bundesschule des ADGB ein zentraler Platz zugewiesen. Kämpfende Einheiten der Sowjetarmee hatten diese Schule Ende April 1945 besetzt und als Lazarett und Unterkunft für Militäreinheiten genutzt, nachdem die SS-Einheiten geflohen waren.

Bereits im Frühjahr 1946 verhandelten Vertreter des FDGB mit der sowjetischen Militäradministration über die Freigabe der Schule. Diese Verhandlungen, u.a. aber die notwendigen Instandsetzungsarbeiten, zogen sich bis zum nächsten Frühjahr hin.

Eine Zwischenlösung wurde gefunden. Die ersten zentrale Lehrgänge der FDGB-Bundesschule fanden in Berlin-Köpenick statt. Im Zeitraum von Mai 1946 bis Ende des Jahres wurden dort fünf zentrale Lehrgänge durchgeführt, die jeweils auf vier Wochen begrenzt waren und insgesamt 206 Funktionäre (darunter 52 Frauen) erfassten.

Bis Ende Mai 1946 war die Freigabe der Bundesschule Bernau seitens der Roten Armee erfolgt und mit den Aufräum- und

Instandsetzungsarbeiten konnte begonnen werden. Die Wiederherichtung der gesamten Räume, die Beschaffung des erforderlichen Materials für Maurer-, Maler-, Tischler-, Klempner- und Elektroarbeiten sowie bei der Beschaffung der Einrichtungsgegenstände war äußerst schwierig. Mit Hilfe sowjetischer Dienststellen und deutschen Verwaltungen gelang es bis zum Frühjahr 1947 die Sanierungsarbeiten abzuschließen.

Am 02. Mai 1947 wurde in der Aula der ehemaligen Bundesschule des ADGB in Bernau, auf den Tag genau 14 Jahre nach der Vertreibung der Teilnehmer des letzten Lehrganges der Gewerkschaftsschule durch die SA, die Bundesschule des FDGB eröffnet.

Entsprechend eines Beschlusses des Bundesvorstandes des FDGB verlieh sein Vorsitzender, Hans Jendretzky, der Bundesschule den Namen „Theodor Leipart“. Leipart war kurz zuvor verstorben. Er hatte großen Einfluß auf den Bau und die Entwicklung der Bundesschule ausgeübt und sich 1945 zur Gewerkschaftseinheit und zur Einigung der Arbeiterparteien bekannt.

Und so hob Hans Jendretzky in seiner Festrede hervor, dass der Name Theodor Leipart gewählt worden sei, um die besten gewerkschaftlichen Traditionen mit den gewerkschaftlichen Erfahrungen zu verbinden. Als Schulungsziel nannte er Einheit, Freiheit und Frieden.

Walter Maschke, Sekretär für gewerkschaftliche Schulung im Vorstand des FDGB, gab in seinen Begrüßungsworten einen Überblick zur Geschichte der Bundesschule und würdigte die Hilfe der SMA bei der Freigabe und Wiederherstellung der Schule. Der SMA-Vertreter, Major Bagorski, nannte in seiner Begrüßungsansprache die Schule eine „Schmiede der demokratischen Umgestaltung“.

Führende Persönlichkeiten des FDGB, der Zentralverwaltungen, der Kreis- und Stadtbehörden, die Witwe Theodor Leiparts und Alexander Knoll, früheres Vorstandsmitglied im ADGB, waren Gäste der Eröffnungsveranstaltung.

Die Wiedereröffnung der Bundesschule fand auch in den anderen drei Besatzungszonen freudigen Widerhall, was mehreren Begrüßungsschreiben zu entnehmen ist. Willi Richter, der ehemalige Vertreter des Gewerkschaftsbundes Hessen und später DGB-Vorsitzender, wünsch-

te der Schule, sie möge dazu beitragen, „dass in Deutschland nicht wieder die Reaktion triumphiert, sondern die Vertreter der Arbeiter die Geschicke des Volkes bestimmen“.

Eine inhaltliche Orientierung für die in der Bundesschule des FDGB auszubildenden Gewerkschaftskader enthielten die an der Stirnwand der Aula angebrachten Worte von Karl Marx: „Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus“.

Die Bundesschule begann unmittelbar nach der Eröffnung mit der Durchführung von ein- bis zweiwöchigen Sonderkursen zur Ausbildung von Kadern auf spezifischen Tätigkeitsbereichen der Industrieverbände und Gewerkschaften und mit Hauptlehrgängen von acht bis zehn Wochen Dauer zur Qualifizierung von leitenden Kadern des FDGB. Die Bundesschule verfügte über 120 Unterrichts- und Internatsplätze. Den Lehrgangsteilnehmern wurden Grundkenntnisse zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, zur Mitbestimmung und zu den Aufgaben der Betriebsräte, zum Arbeitsrecht und -schutz, zu Jugend-, Frauen- und Organisationsfragen sowie Literatur, Kunst und zur deutschen Sprache vermittelt. Die Ausbildung orientierte sich an den Erfordernissen des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus und erfolgte auf marxistischer Grundlage.

In der Zeit von 1947 - 1949 wurden an der Bundesschule des FDGB 9 Haupt- und 85 Sonderlehrgänge durchgeführt, an denen 3.094 Gewerkschafter teilnahmen. 1949 wurde die Lehrgangsdauer der Hauptlehrgänge auf 5 Monate erweitert.

Von der Bundesschule des FDGB zur Hochschule der Gewerkschaften

Mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der sowjetisch besetzten Zone bis 1949, mit dem Entstehen volkseigener Betriebe, mit der Entmachtung der Großgrundbesitzer, der Banken und Konzerne, mit der Neugestaltung der Justiz, sozialer Einrichtungen und des geistig-kulturellen Bereiches und mit dem Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung erweiterte sich der Inhalt gewerkschaftlicher Tätigkeit. 1950 zählte der FDGB 4,7 Millionen Mitglieder. Daraus ergaben sich höhere Anforderungen an die gewerkschaftliche Schulung der Kader.

Nach der Gründung der DDR 1949, an der der FDGB aktiv beteiligt war und zu der er sich bekannte, beschloß der FDGB-Bundesvorstand, die Bundesschule in Bernau zur Hochschule der Gewerkschaften zu entwickeln. Ihm wurde die Aufgabe gestellt, künftig leitende Kader der Industriegewerkschaften und des Bundesvorstandes des FDGB, Gewerkschaftsfunktionäre auf der Landes-, Gebiets- und Kreisebene sowie entwicklungsfähige Kollegen aus Großbetrieben, Aktivisten und Neuerer zu schulen und ihnen gründliche Fachkenntnisse auf dem gesamten Gebiet der Gewerkschaftsarbeit zu ermitteln. Des Weiteren war vorgesehen, zu Ein- und Zweijahrlehrgängen überzugehen. Die neuen Aufgaben der Schule und die Notwendigkeit, in kürzester Zeit eine größere Zahl von Gewerkschaftskollegen in Bernau auszubilden, führte zu der Entscheidung des Bundesvorstandes des FDGB, die Bundesschule baulich zu erweitern.

Die schwierige Aufgabe, beim Erweiterungsbau das Grundanliegen von Hannes Meyer zu wahren, hatte der Architekt Georg Waterstradt, Leiter der Bauabteilung der Vermögensverwaltung des FDGB, übernommen. Er entschied sich dafür, einen dringend erforderlichen zweiten Internatstrakt parallel zum ersten in das Gelände einzufügen und an den von Meyer/Wittwer vorgegebenen Prinzipien festzuhalten, auch weitgehend beim Bau eines neuen Hörsaales und eines Wohnkomplexes.

Am 14. Mai 1950 erfolgte die Grundsteinlegung für die Erweiterungsbauten der Bundesschule. Trotz offizieller Kritik am Bauhausstil in jener Zeit, Mängel in der Zusammenarbeit zwischen den für die Schule zuständigen Leitungen im FDGB und den Bauausführenden und trotz mangelnder staatlicher Unterstützung bei der Materialbereitstellung und der Aufgabe der Bauleiterfunktion durch Waterstradt konnten die Neubauten im wesentlichen bis Ende 1951 nach seinen Bauplänen fertiggestellt werden.

Damit stieg die Kapazität auf über 200 Plätze und die Räumlichkeiten für die Unterrichtsgestaltung, für das geistig-kulturelle Leben, für die Verwaltungs- und Versorgungsarbeit waren wesentlich erweitert und neue Wohnmöglichkeiten für Lehrer geschaffen worden. Damit konnte der Übergang zu einer mehrjährigen Ausbildung von Gewerkschaftskadern vollzogen werden.

Parallel dazu erfolgte von 1950 - 1951 die Ausbildung von Lehrkräften für die künftige Hochschule in Lehrerseminaren in Dresden und

Bernau, später noch eine weitere Ausbildung in Bestensee, begleitet von Qualifizierungskursen an der Bundesschule für bereits tätige Lehrkräfte an Bezirks- und Landesschulen des FDGB.

Von großer Bedeutung für die Bundes- und Hochschule des FDGB, für ihre Lehrer und Absolventen war die Berufung Hermann Dunckers zum Rektor der Schule im Februar 1949. Er besaß Erfahrungen aus einer über 50-jährigen Tätigkeit als Arbeiterlehrer und Wissenschaftler der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und der Gewerkschaften.

In der feierlichen Einführung Dunckers am 10. Februar 1949 würdigte Karl Fugger, Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, das revolutionäre Leben des neuen Leiters und sagte: „Jetzt, wo wir in der Ostzone die Konturen einer neuen Ordnung erkennen, ist er als der Typ des neuen Gelehrten für uns die Garantie des Gelingens der uns gestellten Aufgaben...“. Duncker übernahm sofort Vorlesungen zu weltanschaulichen Fragen und theoretischen Grundlagen des gewerkschaftlichen Kampfes, zu Hauptwerken von Marx und Engels und griff auch in die Diskussionen zur Lösung unmittelbarer gewerkschaftlicher Aufgaben ein. Unter seiner Leitung wurden die Hauptlehrgänge der Bundesschule 1949 und 1950/51 abgeschlossen und deren Weiterentwicklung zur Hochschule der Gewerkschaften eingeleitet. Noch im Herbst 1951 konstituierte sich die Direktion mit Hermann Duncker als Direktor und zwei Stellvertretern, einer davon war tätig als Leiter der neugebildeten Lehrabteilung. Zugleich wurden Lehrstühle, eine Lehrmittelabteilung und die Abteilung Bibliothek gebildet und der Verwaltungs- und Versorgungsbereich - vor allem durch den Ausbau des Küchentrakts, durch Einrichtung für Kinder- und ärztliche Betreuung, durch den Bau einer Wäscherei und von Werkstätten für Handwerker verschiedener Berufe u.a. - erweitert.

Besonders am Herzen lag Duncker die Qualifizierung der Lehrkräfte. Nach der Berufung Dunckers kam es zunehmend zu Auseinandersetzungen mit neuhinzugekommenen Lehrkräften, besonders jenen, die aus den Antifaschulen der Sowjetunion an die Bundesschule in leitende Funktionen delegiert wurden und mit einigen Führungskadern des FDGB über seine Vorleseart, seine Interpretation der marxistischen Lehre, über seine Vorbehalte gegenüber wissenschaftlicher Arbeiten von Stalin.

Besonders seine Beiträge zur Geschichte der Philosophie, zu „Basis und Überbau“, „Zur Logik und Dialektik“ erregten bei einigen Hörern Unwillen. Und als es Duncker wagte, öffentlich Einwände zu Stalins Schrift „Marxismus und Sprachwissenschaft“ entgegen der offiziellen Auffassung der Führung der SED zu äußern, sah sich im November 1951 der Bundesvorstand des FDGB veranlasst, Duncker aufgrund seines Alters und Gesundheitszustandes von seinem Amt als Rektor der Bundesschule zu entbinden, ohne offiziell abberufen zu werden. An seine Seite trat Karl Fugger. Das geschah in der unmittelbaren Phase der Umwandlung der Bundesschule in die Hochschule der Gewerkschaften.

Am 06. Januar 1952 eröffnete Herbert Warnke, Vorsitzender des FDGB, im neuerbauten Hörsaal die Hochschule der Gewerkschaften. Im Auftrag des Bundesvorstandes verlieh er ihr den Namen „Fritz Heckert“, den er als Vorbild für alle Gewerkschaftsfunktionäre charakterisierte. Die Namensgebung erfolgte in Abgrenzung von reformistischen Traditionen der Gewerkschaften der Weimarer Republik bei einseitiger Hervorhebung revolutionärer Traditionen der kommunistischen Partei, an die alle, die an der Hochschule lehren und aus ihr hervorgehen in ihrer Tätigkeit anzuknüpfen haben.

Mit dieser Festveranstaltung wurden zugleich der erste Einjahres- und ein Zweijahreslehrgang offiziell eröffnet und Karl Fugger mit der Leitung der Hochschule der Gewerkschaften beauftragt. Die Ausbildung an der Hochschule unterlag zunehmend den von der Führung der SED vorgegebenen Schwerpunkten ideologischer Einflussnahme und war auf eine zumeist unkritische Übernahme sowjetischer Erfahrungen der gewerkschaftlichen Arbeit beim Aufbau des Sozialismus orientiert. Zum Ausbildungsprogramm gehörten die Vermittlung von Kenntnissen der Geschichte der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, der Philosophie, der politischen Ökonomie, der Arbeitsökonomie, zur Sozialpolitik, zum Arbeitsrecht, zur Kultur, Kunst und Sprachpflege, sowie von Erfahrungen in der Organisationsarbeit der Gewerkschaften.

Von 1952 - 1955 fanden ein Einjahres- und drei Zweijahreslehrgänge statt, an denen fast 500 Gewerkschafter teilnahmen.

Die Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ - eine staatlich anerkannte Hochschule

Am 06. September 1956 wurde der erste Dreijahreslehrgang an der Gewerkschaftshochschule in Bernau eröffnet. Damit begann ein neuer Abschnitt in ihrer Geschichte. Sie wurde staatlicherseits als Hochschule anerkannt, in das Hochschulwesen der DDR eingeordnet und erhielt das Recht, Diplome zu vergeben - in den ersten Jahren das Diplom für Arbeitsökonomie und später für Gesellschaftswissenschaften. Der Bundesvorstand des FDGB stellte ihr die Aufgabe, der Arbeiterklasse treu ergebene, marxistisch-leninistisch gebildete, prinzipienfeste und mit sozialistischer Überzeugungskraft ausgerüstete Gewerkschaftsfunktionäre auszubilden und zu erziehen. Bestimmend für das Ausbildungsprofil war die Einheit aller Seiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung, die Einheit von Politik, Ökonomie, Ideologie und Kultur.

Hermann Duncker, dem nach Stalins Tod und der offiziellen Rehabilitierung mit der Verabschiedung des zweiten Zweijahreslehrganges im Dezember 1954 die Leitung der Schule als Rektor wieder übertragen worden war, warf in seiner Begrüßungsrede zur Eröffnung des 1. Dreijahreslehrganges einen Blick auf die zehnjährigen Geschichte der Entwicklung der Bundesschule des FDGB zur Hochschule. Anknüpfend an die Marx'schen Aussagen zur Rollen der Gewerkschaften hob er hervor, dass die Hochschule dazu beitragen muss, den studierenden Gewerkschaftern umfassend solche Kenntnisse zu vermitteln, die sie befähigen, aktiv am sozialistischen Aufbau teilzunehmen und dabei umfassend und hartnäckig die Interessen der Werktätigen zu vertreten. Duncker blieb bis zu seinem Tode 1960 Rektor der Gewerkschaftshochschule.

Mit dem Übergang zur Durchführung von Dreijahreslehrgängen wurden Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre weitere Maßnahmen getroffen, um den wachsenden Anforderungen nach hochqualifizierten Gewerkschaftskadern beim Aufbau des Sozialismus gerecht zu werden. Absolventen früherer Lehrgänge und leitende Kader des FDGB erhielten ab 1957 die Möglichkeit, sich in von der Hochschule eingerichteten Fernstudienlehrgängen und im postgradualen Studium weiter zu qualifizieren.

1958 begann die Gewerkschaftshochschule Fernstudienlehrgänge mit einer Dauer von vier bis fünf Jahren durchzuführen. Und ab 1961 wurden Frauenexternatslehrgänge in einzelnen Bezirken der DDR eingerichtet mit einer Dauer von 3½ Jahren. Den ersten Frauenexternatslehrgang eröffnete am 09. Januar 1961 in Wolfen (Kreis Bitterfeld) Prof. Dr. Karl Kampfert, verfolgt und bewährt im antifaschistischen Widerstand, der nach dem Tode von Hermann Duncker zum Direktor der Hochschule berufen worden war. Die Teilnehmer der Fernstudien- und Frauenexternatslehrgänge schlossen ihr Studium mit einem Diplom ab. Zur Koordinierung, Organisierung und Durchführung dieser Lehrgänge wurden an der Hochschule in Bernau die Abteilung Weiterbildung und Fernstudium und in fast allen Bezirkshauptstädten Außenstellen mit qualifizierten Lehrern und technischen Mitarbeitern gebildet.

Ein neu aufgenommenes Lehrfach machte die studierenden Gewerkschafter mit Grundfragen der Soziologie vertraut. Der Aufbau, die Entwicklung und Anerkennung der soziologischen Ausbildung vollzog sich schleppend und schwierig. Dem berufenen Leiter, Prof. Dr. Heinz Kallabis, wurden politische und wissenschaftliche Verfehlungen nachgesagt. Daraufhin wurden ihm die Leitungsfunktionen und die Professur entzogen. Erst nach 1990 erfolgte seine Rehabilitation.

Alle mit der Aufnahme des Hochschulstudiums verbundenen Maßnahmen waren mit quantitativen und qualitativen Veränderungen im Lehrerkollektiv und mit einem personellen und technischen Ausbau der Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen verbunden. Für alle Lehrer wurde ein breitgefächertes System der Weiterbildung und des Erfahrungsaustausches organisiert. Lehrer erhielten die Möglichkeit zu promovieren. Absolventen von Hochschulen und Universitäten wurden für die Aufnahme der Lehrtätigkeit an der Gewerkschaftshochschule gewonnen. Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen berief promovierte Lehrer zu Professoren, die als Leiter von Lehrstühlen, Wissenschaftsbereichen und der Forschungsgruppen einen großen Anteil bei der Ausprägung der Hochschulentwicklung der Gewerkschaften hatten.

Zur Entwicklung der Gewerkschaftshochschule gehörte auch ein vielfältiges geistig-kulturelles Leben, das an die Traditionen der Bundes- schule anknüpfte. Lehrer und Studenten, Arbeiter und Angestellte

betätigen sich in verschiedenen Gruppen und Zirkeln – so im Chor, in Singegruppen, im Kabarett, im Musik-, Literatur- und Filmklub sowie in Kunstgewerbebezirken. Lehrer und Studenten führten Exkursionen durch, besuchten Klubhäuser und Bibliotheken der Gewerkschaften, Museen und Ausstellungen. Ergebnisse der kulturellen Tätigkeit wurden in der Hochschule ausgestellt. Künstler, Kulturschaffende, Persönlichkeiten des gesellschaftlich-politischen Lebens der DDR und erfolgreiche Spitzensportler kamen zu Gesprächen an die Hochschule. Berliner Theaterensembles und Orchester, Volkskunstgruppen, Musik- und Tanzensembles aus anderen Ländern der DDR und aus dem Ausland traten im Festsaal auf und bereicherten so das kulturelle Leben der Gewerkschaftshochschule.

Auch dieser Abschnitt der Hochschulentwicklung in Bernau war begleitet von baulichen Erweiterungen. Noch Ende der 50er Jahre wurden 3 neue Internatshäuser mit 202 Betten, ein Institutsgebäude mit Hörsaal, Lesesaal und Arbeitsräumen für Lehrstühle und Kabinette und weitere Wohnungen für Lehrkräfte gebaut. Erweitert wurden die Lehrmittelabteilung mit Druckerei und Fotoeinrichtungen, der Dienstleistungsbereich und aufgebaut wurde eine zentrale Informationsstelle im Bereich der Bibliothek.

In den 70er Jahren hatte sich die Kapazität der Internatsplätze auf rund 400 erhöht. Der Lehrbereich umfasste 120 Mitarbeiter und der Verwaltungs- und Versorgungsbereich etwa 250 Arbeiter und Angestellte.

Die Ausbildung ausländischer Gewerkschafter als Ausdruck internationaler Solidarität

Im Rahmen der internationalen Arbeit des FDGB wurde ab 1959 an der Hochschule begonnen, Gewerkschafter aus afrikanischen, asiatischen, später auch aus lateinamerikanischen und einigen westeuropäischen Ländern auszubilden. Diese Aufgabe übernahm ein spezieller Lehrbereich für Ausländerausbildung mit 30 Lehrkräften, 7 Dolmetscher und weiteren technischen Mitarbeitern. Den ausländischen Kollegen wurden in mehrwöchigen Kursen, überwiegend in Halbjahreskursen, Grundkenntnisse gewerkschaftlicher Mitbestimmung, der Politi-

schen Ökonomie, der Geschichte der Gewerkschafts- und nationalen Befreiungsbewegung, des Kampfes gegen Imperialismus und Neokolonialismus, des Arbeitsrechts, der Sozialpolitik, des Organisationsaufbaus sowie Erfahrungen des FDGB in der antifaschistisch-demokratischen Umbruchphase der ersten Nachkriegsjahre vermittelt.

Informationen über die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR und Exkursionen in Industrie und Landwirtschaftsbetriebe sowie Erfahrungsaustausche mit gewerkschaftlichen Vorständen ergänzten das Ausbildungsprogramm.

Die Delegation zum Studium an die Hochschule in Bernau war zwischen dem FDGB und den Gewerkschaftsverbänden der einzelnen Länder vertraglich vereinbart. Der FDGB übernahm alle Kosten für den Studienaufenthalt und die An- und Abreise. 1986 wurden dafür ca. 6 Mio. Mark der DDR aus dem Fond der Solidaritätsbeiträge der Gewerkschaftsmitglieder bereitgestellt.

Von 1959 - 1989 nahmen etwa 4.400 Gewerkschafter aus 93 Staaten an kurz- und längerfristigen Lehrgängen teil. Im gleichen Zeitraum erhielten 130 Gewerkschafter aus der Mongolischen Volksrepublik, der Sozialistischen Republik Vietnam, Kuba, der Ungarischen Volksrepublik, aus Chile, der Volksdemokratischen Republik Laos, der Sozialistischen Republik Äthiopien, der Demokratischen Republik Afghanistan, der Volksdemokratischen Republik Jemen, der Volksrepublik Mocambique und Angola den Hochschulabschluß mit einem Diplom. Sie hatten nach einem einjährigen Deutschstudium einen Dreijahreslehrgang mit DDR-Studenten an der Gewerkschaftshochschule absolviert.

Zu dieser Ausbildung ausländischer Gewerkschafter in Bernau gehörte auch der mehrwöchige Einsatz von 24 Lektoren und Berater in 30 Ländern Afrikas, Asiens, Arabiens und Westeuropas. Einen großen Einfluß auf die internationale Tätigkeit der Gewerkschaftshochschule hatten die engen freundschaftlichen Beziehungen zu den gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen sozialistischer Länder und zum Weltgewerkschaftsbund (WGB).

Kontakte gab es zur Hochschule der Gewerkschaftsbewegung beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften „N. M. Schwernik“ in Moskau und zur Kulturhochschule der sowjetischen Gewerkschaften in

Leningrad. Leiter und Dozenten ihrer Lehrstühle hielten in Bernau Vorlesungen zu philosophischen und ökonomischen Fragen der sozialistischen Entwicklung. Eng waren die Verbindungen zu den Zentralschulen der tschechoslowakischen Gewerkschaften in Prag und Bratislava, das Zusammenkommen von Mitarbeitern fast aller Lehrstühle und einiger Bereiche. Vereinbarungen und Zusammenarbeit gab es auch mit Bildungseinrichtungen der bulgarischen, polnischen, ungarischen u.a. Gewerkschaften. Vielfältig waren auch die Beziehungen zum französischen Gewerkschaftsbund (CGT). Die Vereinbarungen beinhalteten die Durchführung von Tagungen der Direktoren, von gemeinsamen wissenschaftlichen Veranstaltungen zu Grundfragen gewerkschaftlicher Bildung und Forschung, Lektorenaustausche, Erfahrungsaustausche zur internationalen Arbeit und den Urlauberaustausch.

Die Gewerkschaftshochschule und ihre Einordnung in das von der SED geführte sozialistische Gesellschaftssystem der DDR

In den 70er und 80er Jahren erfolgte eine immer stärkere Bindung der Gewerkschaftshochschule an die zentrale Leitung des Bundesvorstandes des FDGB und des Zentralkomitees der SED. Zum Leitmotiv für die Ausgestaltung der Lehr- und Erziehungsarbeit, der Forschungsarbeit und der Weiterbildung an der Gewerkschaftshochschule wurden die vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossene Hauptaufgabe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und das vom IX. Parteitag der SED 1976 beschlossene Parteiprogramm zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bestimmt. Der Bundesvorstand des FDGB fordert von der Gewerkschaftshochschule, die Beschlüsse und Dokumente der Partei und Gewerkschaften in den Mittelpunkt der Lehr-, Erziehungs- und Forschungsarbeit zu rücken.

Nach jedem Parteitag der SED beschloß der Bundesvorstand neue Lehrkonzeptionen für die Gewerkschaftshochschule, was mit zeitaufwendigen Diskussionen verbunden war. Neue Lehrzyklen zur Entwicklung des revolutionären Weltprozesses, zur Wirtschaftspolitik und zur Militärpolitik der SED mussten aufgenommen werden, was die gewerkschaftsspezifische Ausbildung belastete. Eine weitgehend vorhandene kritiklose Einstellung zu zentralen Beschlüssen der SED und des FDGB, dogmatischer Verengungen, unwürdige Gängelei, schmerz-

liche drastische Eingriffe, Irrtümer und selbstauferlegte Beschränkungen wirkten hemmend auf den Lehr- und Erziehungsprozeß. Dennoch, neben Anpassung und Stagnation gab es an der Gewerkschaftshochschule auch Freiräume, die genutzt wurden. Sie blieb stets eine gewerkschaftliche Bildungsstätte. Hier wurden Themen behandelt und spezifische Kenntnisse für die Gewerkschaftsarbeit vermittelt, die an den anderen Bildungseinrichtungen in der DDR keine bzw. nur am Rande eine Rolle spielten. So wurde bereits 1965 ein „Institut für Sozialpolitik“ eingerichtet - zu dieser Zeit (weit vor der Honecker-Ära) als einziges in der DDR gegen die damals abwertende Haltung zur Sozialpolitik als „bürgerliche“ Institution. Der Beschluß des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes hierzu entsprach gewerkschaftlicher Tradition.

Die Gewerkschaftshochschule entwickelte sich zum Zentrum der gewerkschaftspolitischen Bildung und Forschung im FDGB. 1978 wurde Prof. Dr. Horst Schneider zum Direktor der Gewerkschaftshochschule berufen.

Die Forschungsthemen waren zwar durch den vom ZK der SED beschlossenen „Plan für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung der DDR“ vorgegeben, enthielten aber auch gewerkschaftsspezifische Themen, die an der Gewerkschaftshochschule bereits konzipiert waren. Der Plan für den Zeitraum 1981 - 1985 enthielt Themen zur Geschichte des FDGB, zur Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs der Arbeitskollektive in den Betrieben und Kombinatn im Prozeß der weiteren Gestaltung des Sozialismus und Themen zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zum Arbeitsschutz, zu sozialpolitischen Fragen, zur Kulturarbeit der Gewerkschaften, speziell zum geistig - kulturellen Leben in den Betrieben und Gewerkschaftsgruppen.

An der Hochschule bestanden die Forschungsgruppen Sozialistischer Wettbewerb, Geschichte, Betriebliche Sozialpolitik, die im Zusammenwirken mit den Lehrstühlen, mit zuständigen Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB, des ZK der SED und anderen Institutionen der DDR die Forschungsarbeit organisierten, konzipierten und koordinierten. Aus den Forschungsthemen wurden auch Themen für Diplomarbeiten der Studenten abgeleitet.

Einige Ergebnisse der Forschungen wurden publiziert in Schriften und Sammelbänden, die die Hochschule herausgab und in anderen

gewerkschaftlichen Publikationsorganen. Genannt seien hier die Schriftenreihe zu Fragen der Ökonomie der sozialistischen Industriebereiche für Gewerkschaftsfunktionäre, zur Sozialpolitik und Gesundheits- und Arbeitsschutz und die Schriftenreihe: Information zur Theorie und Praxis der Gewerkschaftsarbeit, sowie Publikationen zur Kultur- und Bildungsarbeit der Gewerkschaften. Im Verlauf von Jahrzehnten hatte sich in der Gewerkschaftshochschule ein wissenschaftliches Hochschulprofil herausgebildet, das die Einheit von Lehre, Forschung und praktischer Wirksamkeit verkörperte. Zur Leitung der Hochschule gehörten der Rektor, der zugleich Leiter des Wissenschaftlichen Rats war und drei Prorektoren, einer für Ausbildung und Erziehung, der auch den Pädagogisch-methodischen Beirat leitete, den für Forschung, einen für Internationale Arbeit. Und es gab den Verwaltungsdirektor, dem alle Abteilungen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich unterstanden.

Die Unterrichtsgestaltung vollzog sich seit dem Ende der 70er Jahre im Rahmen von Wissenschaftsbereichen, dem die Lehrstühle als eigenständig arbeitende Kollektive zugeordnet waren. Der Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik vereinte die Lehrstühle Politische Ökonomie, Sozialistische Betriebswirtschaft, Arbeitsökonomie/Sozialistischer Wettbewerb. Ihr Anteil an der gesamten Unterrichtszeit (Lektionen, Seminare, Selbststudium) betrug 31,4% entsprechend des Beschlusses des Bundesvorstandes für das Studium in den Dreijahrlehrgängen der Gewerkschaftshochschule von 1986.

Dem Wissenschaftsbereich Philosophie waren die Lehrstühle Philosophie, wissenschaftlicher Kommunismus, Kultur- und Bildungspolitik und Gewerkschaftsaufbau zugeordnet mit einem Unterrichtsanteil von 29,3%.

Der Anteil der Lehrstühle Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Internationalen Gewerkschaftsbewegung, vereint im Wissenschaftsbereich (WB) Geschichte, hatte 17,5 % des Gesamtunterrichts und der WB Sozialpolitik und Arbeitsrecht mit den Lehrstühlen Sozialpolitik, Arbeitsschutz/Sozialversicherung und Arbeitsrecht 20,7%. Hinzu kamen der Einführungszyklus zur Wirtschafts- und Militärpolitik der SED und das obligatorisch durchgeführte Sprachstudium Russisch und für Sport.

Zum Lehrkörper gehörten Mitte der 80er Jahre 195 wissenschaftliche Mitarbeiter, darunter 36 Dozenten und Professoren. Im Unterschied

zur Bundesschule wurde der Unterricht fast ausschließlich von den Lehrkräften der Lehrstühle durchgeführt. Der Vorsitzende des FDGB, Mitglieder des Bundesvorstandes, Leiter einzelner Abteilungen, führende Vertreter der Parteien und Massenorganisationen sowie der Staatsorgane und auch führende Wissenschaftler und Kulturschaffende hielten Vorträge zu Grundfragen der Gewerkschaftsarbeit, der Politik der Parteien und des Staates. In Anerkennung der in vierzigjähriger Tätigkeit erreichten Ergebnisse der Lehr- und Forschungsarbeit erhielt die Gewerkschaftshochschule 1986 das Promotionsrecht.

Ein Anliegen in der Hochschulausbildung war die Aktivierung der Eigenständigkeit der Studenten und die Entfaltung von Initiativen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich zur Unterstützung der Lehr- und Forschungsarbeit. Am Ende eines Sommersemesters wurden Studententage durchgeführt, an denen die Studenten auf Kolloquien, bei Diplomverteidigungen und in Streitgesprächen Ergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion stellten. Vielfältig waren auch das geistig-kulturelle Leben und die sportliche Betätigung.

Lehrer, Studenten und Mitarbeiter anderer Bereiche der Hochschule wirkten in Kulturgruppen und Zirkeln mit, in der Lyrik-Song-Gruppe, im Fotozirkel, im Politisch-satirisches Kabarett „Rote Funken“, im Literatur-, Musik- und Filmklub, in den Zirkeln für Zeichnen, für angewandte Kunst und Aquaristik. Neben dem obligatorischen Sport für die Studenten gab es noch Sportgemeinschaften für Tennis, Tischtennis, Volleyball, Fußball, Handball, Kegeln, Schach, Gymnastik. Es gab sportliche Wettkämpfe während der Studententage und einige Kulturgruppen und Zirkel stellten ihre Ergebnisse vor.

Den Abschluß als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler erwarben im Zeitraum von 1972 - 1986: 3.534 Gewerkschaftsfunktionäre, davon 592 im Fernstudium und 721 in Frauenexternatslehrgängen.

Mit der Entwicklung der Rechentechnik wurden in den 80er Jahren in der Gewerkschaftshochschule der Lehrstuhl Gewerkschaftsarbeit und Schlüsseltechnologie mit einem Computerkabinett aufgebaut, Studenten und Lehrer mit der EDV vertraut gemacht. Als die Bedeutung der Bauhaustradition in der Öffentlichkeit der DDR wieder zur Geltung kam, nahm die Gewerkschaftshochschule Kontakte zur Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar auf und vereinbarte eine Zusam-

menarbeit zur Sicherung des Erbes des Bauhauses Bundesschule. Dozenten der Weimarer Hochschule hielten im Einführungszyklus der Dreijahrlehrgänge in Bernau Vorträge zur Geschichte des Bauhauses und über Leben und Wirken von Hannes Meyer. Die Weimarer Hochschule vergab Diplomarbeiten zur weiteren architektonischen Ausgestaltung des Areals der Gewerkschaftshochschule.

In den 80er Jahren wurden Kontakte zwischen Bildungseinrichtungen des DGB und der Gewerkschaftshochschule aufgenommen mit dem Ziel, einen Lektorenaustausch und den Erfahrungsaustausch zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu organisieren. So mit der Sozialakademie Dortmund und der Akademie für Arbeit in Frankfurt/Main.

Dozenten der Gewerkschaftshochschule Bernau nahmen auch teil an Seminaren des Internationalen Verbandes für Arbeiterbildung, so beispielsweise Ende Mai 1989 am Seminar zum Thema „Arbeiterbildung und Frieden“ in Graz/Österreich.

Anläßlich des 60. Jahrestages der Einweihung der Bundesschule, im Mai 1990, fand ein Festakt in Bernau statt. Freunde des Bauhauses aus der DDR, der BRD und der Schweiz gründeten den Verein „baudenkmal bundesschule bernau e.v.“.

An der in den Herbsttagen 1989 eingeleitete politische Wende in der DDR war die Gewerkschaftshochschule beteiligt. Bereits im Oktober wandten sich Professoren und Dozenten mit dem Dokument „Für eine Wende in den Gewerkschaften“ an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung, die Eigenständigkeit der Gewerkschaften im Sinne des Verfassungsgrundsatzes, daß sie unabhängig sind und niemand sie in ihrer Tätigkeit einschränken und behindern darf, herzustellen und zu sichern. Betont wurde, daß die Gewerkschaften auch im Sozialismus Interessenvertreter der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz bleiben, daß die Einheitsgewerkschaft zu retten und zu bewahren ist.

Zunächst von den Leitungsorganen des FDGB verschwiegen und nach der Veröffentlichung attackiert, spielte dieses Dokument eine Rolle im Prozeß des Umdenkens in den Gewerkschaften. Es gab Anregungen für die Studenten und Lehrer der Hochschule, die in den Herbsttagen 1989 und im Frühjahr 1990 ins Praktikum in ihre früheren Tätigkeitsbereiche entsendet wurden. Die Ausbildung in den Dreijahreslehrgängen

war unterbrochen worden. Studenten und Lehrer beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung von Gewerkschaftskonferenzen, an der Arbeit des im Dezember 1989 von Parteien, Bürgerbewegungen und Massenorganisationen eingerichteten „Runden Tisch“.

Mit dem Rücktritt des Bundesvorstandes des FDGB und der Bildung neuer gewerkschaftlicher Leitungen wurde Prof. Dr. Erich Geier, bisher verantwortlich für die Forschungsarbeit, durch den Wissenschaftlichen Rat zum Direktor der Bildungsstätte berufen.

Die Wissenschaftsbereiche und Lehrstühle wurden teils strukturell verändert und durch den Bereich Politikwissenschaft ergänzt. Ihre Lehrkräfte arbeiteten neue Konzeptionen und Rededispositionen zu Grundfragen gewerkschaftlicher Interessenvertretung aus, so u. a. zu Fragen des gewerkschaftlichen Mitwirkens bei der Wirtschaftsreform, zu Problemen des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechts, zu neuen Anforderungen der Sozialpolitik, zu Aufgaben des Gesundheits- und Arbeitsschutzes im Rahmen der sich vollziehenden Wirtschaftsreform und Ausgestaltung der sozialistischen Marktwirtschaft, zur Betriebsrätebewegung in Vergangenheit und Gegenwart, zum Verhältnis von Industriegewerkschaften/Gewerkschaften zum Dachverband FDGB u.a.

Im Frühjahr 1990 wurden an der Hochschule noch einige Seminare mit Funktionären gewerkschaftlicher Leitungen durchgeführt, so u.a. im Mai ein Weiterbildungslehrgang für Kulturfunktionäre zur Arbeit in Klub- und Kulturhäusern. Begonnen wurde mit der Schulung von Betriebsräten, die seit vierzig Jahren erstmals wieder in der DDR gewählt worden waren. An der Gewerkschaftshochschule fanden Treffen mit Vertretern der Gewerkschaftsbasis und die erste Betriebsrätekonferenz statt.

Alle diese Aktivitäten 1989/90 waren mit der Hoffnung verknüpft, die Schule aktiv in die tiefgreifenden Prozesse gesellschaftlichen Wandels einbringen zu können, die sich allerdings nicht erfüllten. Unerfüllt blieb auch das Hoffen, daß sich nach der Auflösung des FDGB der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der Bundesrepublik als nunmehr rechtmäßiger Nachfolger der Bernauer Schule annimmt und wieder in eine gewerkschaftliche Nutzungsform überführt. Im Zusammenhang mit dem Ende der DDR und der Auflösung des FDGB wurde am 30. September 1990 die Schule in Bernau als gewerkschaftliche Bildungsein-

richtung geschlossen, ihre Mitarbeiter - 195 Lehrkräfte und 345 Arbeiter und Angestellte - wurden abgewickelt.

Resümee: Von der Wiedereröffnung der Bundesschule 1947 bis zur Auflösung der Gewerkschaftshochschule wurden über 15.000 Gewerkschafter ausgebildet, von denen viele stets als Interessenvertreter ihrer Kollegen handelten. Nicht wenige von ihnen sind, getragen vom Vertrauen ihrer Kollegen, gegenwärtig als Funktionäre in den Industrie- und Gewerkschaften sowie beim DGB tätig.

Herausgeber: Interessengemeinschaft FDBG - 15. Juni 1945
Prof. Dr. Horst Bednareck
Am Berg 4, 12 559 Berlin, Tel: 030 - 65475369

Redaktion dieses Heftes:
Werner Koch
Neltestr. 7, 12489 Berlin, Tel: 030 - 6772087

Herstellung: Presse-, Publikations- und Informationsdienst -PPI-
Eigenverlag und Vertrieb "Wilhelm Pieck"
ISSN 1433-6375
Eigendruck